

## Antrag

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

### Landwirtschaft in Deutschland im Dialog zukunftsfähig gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Landwirtschaft in Deutschland ist mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert: Zu den Folgen von Klimakrise, Artensterben und Flächenverbrauch kommen steigende Kosten für landwirtschaftliche Betriebe durch höhere Pacht-, Energie- und Betriebsmittelpreise, unsichere Märkte durch Kriege und Krisen sowie belastende Bürokratie. Geändertes Verbraucherverhalten stellt u. a. hohe Anforderungen an Tierwohl und Nachhaltigkeit. Durch die große Konzentration im Lebensmittelmarkt haben Erzeugerinnen und Erzeuger eine schwächere Stellung in der Wertschöpfungskette und können häufig ihre Kosten nicht direkt weitergeben.

Die seit 40 Jahren abnehmende Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe hat ihre Ursache in einer jahrzehntelangen verfehlten Agrarpolitik. Die aktuellen Proteste der Landwirtinnen und Landwirte sind auch Ausdruck dieser verfehlten Entwicklungen. Ein „Weiter so“ ist keine Option. Es bedarf eines umfassenden Ansatzes für einen Wandel hin zu einer zukunftsfesten Landwirtschaft.

Die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts notwendig gewordene Haushaltskonsolidierung erstreckt sich auf alle Bereiche und erfordert auch Sparanstrengungen im Bereich der Landwirtschaft.

Bei der Zukunft unserer Landwirtschaft geht es nicht nur um finanzielle Belastungen, sondern auch um Planungssicherheit und wirtschaftliche Perspektiven für landwirtschaftliche Betriebe. Das Schaffen von Perspektiven ist von hoher Wichtigkeit, damit die Landwirtschaft einen verlässlichen Rahmen erhält. Die Empfehlungen der Borchert-Kommission und der Zukunftskommission Landwirtschaft zeigen Wege auf, wie Tierhaltung, Landwirtschaft und unser Umgang mit Ernährung und Lebensmitteln insgesamt zukunftsfester und nachhaltiger werden können.

Landwirtinnen und Landwirte fühlen ihre Arbeit zunehmend nicht mehr von der Gesellschaft wertgeschätzt, obwohl ihr Beruf selbst zurecht hohen Respekt genießt. Der Deutsche Bundestag bekräftigt ausdrücklich die Wertschätzung für unsere Landwirtinnen und Landwirte. Sie haben eine hohe Verantwortung dafür, dass wir jederzeit gesunde Lebensmittel haben und für unsere Natur und Landschaft.

Die landwirtschaftliche Erzeugung ist in den vergangenen Jahren zunehmend Herausforderungen ausgesetzt, auf die die Agrarpolitik selbst nur unzureichend reagierte. Es wurde verpasst, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei ist längst spürbar, wie der Klimawandel das Wirtschaften auf den Äckern erschwert. Volatile Agrarmärkte sorgen dafür, dass die Erzeugerpreise schwanken und Einkommen in der Landwirtschaft von Betrieb zu Betrieb, von Region zu Region und von Betriebszweig

zu Betriebszweig in Deutschland sehr unterschiedlich ausfallen. So haben beispielsweise milchproduzierende Betriebe als kleine Marktteilnehmer in der Regel eine geringere Verhandlungsmacht als Molkereien. Zunehmend witterungsbedingte Schwankungen in den Betriebsergebnissen erfordern auch Anpassungen zur Risikovorsorge. Gerade die Agrarbranche steht exemplarisch dafür, wie durch technologischen Fortschritt und Innovationen, Nachhaltigkeit mit Wirtschaftlichkeit verbunden werden kann.

Um die richtigen Maßnahmen für die Zukunft zu ergreifen, ist ein enger Austausch mit den Vertreterinnen und Vertretern der Landwirtschaft sowie der anderen beteiligten Branchen und gesellschaftlichen Gruppen essenziell. Diesen Dialogprozess gilt es, in den nächsten Wochen und Monaten fortzusetzen.

Der Deutsche Bundestag hat die Absicht noch im ersten Quartal 2024 konkrete Vorhaben aufzulisten, die der Landwirtschaft Planungssicherheit und Entlastungen geben und bis zum Sommer entsprechende Maßnahmen zu beschließen.

## II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

- dass die Koalitionsfraktionen den Dialog mit der Branche gesucht haben und sich beidseitig darauf verständigt wurde, diesen engmaschig fortzuführen;
- dass die Bundesregierung ihre ersten Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung einer Prüfung unterzogen hat und diese angepasst hat;
- dass durch ein verbindliches, verlässliches und transparentes Tierhaltungskennzeichen und die Erweiterung der Herkunftskennzeichnung erste Maßnahmen auf den Weg gebracht wurden, die Tierhaltung nachhaltig aufzustellen;
- dass durch Änderung im Baurecht und Anpassungen im Immissionsschutzrecht der Umbau von Ställen für mehr Tierwohl erleichtert wird;
- dass im Rahmen eines Bundesprogramms der Umbau der Tierhaltung mit einer Anschubfinanzierung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt auf den Weg gebracht wird;
- dass mit dem Wachstumschancengesetz steuerliche Verbesserungen auch für Land- und Forstwirtschaft erreicht werden sollen;
- dass Hürden beim Ausbau der erneuerbaren Energien u. a. bei Agri-Photovoltaik-Anlagen, Moor-Photovoltaik- und Biogasanlagen gesenkt wurden, davon profitieren gerade auch Landwirtinnen und Landwirte;
- dass die Bundesregierung die Einhaltung der EU-Nitratrichtlinie erreicht hat und damit Milliardenstrafzahlungen vermieden wurden, die jetzt folgende Anpassung des Düngegesetzes wird langfristig Verlässlichkeit und praxistauglichere Regelungen z. B. durch Ausnahmen in Roten Gebieten etablieren.

## III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

den in diesem Antrag skizzierten Modernisierungsprozess Richtung einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen, langfristig zukunftsfesten Landwirtschaft zu unterstützen, die gute Lebensmittel produziert, zum Schutz der Funktionsfähigkeit unseres Klimas und unserer Ökosysteme beiträgt und Betrieben eine wirtschaftliche Perspektive bietet.

Dabei wird es unter anderem um die Klärung folgender Fragen gehen müssen, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel:

1. Wie kann der Landwirtschaft durch Bürokratieabbau effizient und monetär geholfen werden? Im Rahmen sogenannter Praxis-Checks sollen sämtliche behördliche Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene einer Prüfung auf Effizienz und Wirksamkeit zugeführt werden?
2. Wie kann die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe in der Wertschöpfungskette unter anderem im Agrarorganisationen- und Lieferketten-Gesetz gestärkt werden?
3. Wie kann eine verlässliche Finanzierung für die tierwohlgerechte Tierhaltung sichergestellt werden?
4. Wie kann den landwirtschaftlichen Betrieben vor dem Hintergrund von Flächenkonkurrenzen und Preisentwicklung der Zugang zu landwirtschaftlichen Nutzflächen erleichtert werden?
5. Wie kann der Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsmitteln so gesichert werden, dass Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit gewährleistet sind?
6. Wie kann die Einführung von alternativen Antrieben und Treibstoffen für landwirtschaftliche Maschinen unterstützt werden?
7. Welche allgemeinen steuerlichen Maßnahmen bieten sich an, um landwirtschaftliche Betriebe zu entlasten und resilienter zu machen?

Berlin, den 16. Januar 2024

**Dr. Rolf Mützenich und Fraktion**

**Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion**

**Christian Dürr und Fraktion**

